

Editorial

"Breite Fronten nach Asien" werden eröffnet, Handelskammern als "Vorposten" bezeichnet. Die Sprache, die von manchen deutschen Politikern, Unternehmern und Wirtschaftsjournalisten verwendet wird, spricht Bände. "Nicht, weil wir bessere Menschen waren, sondern weil wir den Krieg verloren haben", sei Deutschland keine Kolonialmacht in Asien gewesen, räumte der Bundeskanzler auf seiner Asientour Anfang des Jahres ein. Kommentatoren vermerkten dies als Wettbewerbsvorteil.

Wenn wir versuchen, in dieser und der nächsten Ausgabe organisierte deutsche Interessen in Südostasien zu identifizieren, dann in dem Wissen, daß sie vielfältig, widersprüchlich und teilweise auch gegensätzlich sind – sie spiegeln eben auch die innere Komposition der deutschen Gesellschaft. Die Ziele z.B. einer Solidaritätsgruppe unterscheiden sich naturgemäß von denen der Industrie, des Wirtschafts- oder Außenministers. Doch selbst die Regierung und die Wirtschaft sind keineswegs monolithische Blöcke.

Wichtiger ist die Frage, welche deutschen Ambitionen in Südostasien besonders deutlich hervortreten. Gegenwärtig und wohl auch künftig sind das in diesen zur asiatisch-pazifischen Wachstumsregion zählenden Ländern eindeutig wirtschaftliche Interessen, wobei das Moment ihrer politischen, auch sicherheitspolitischen Absicherung bald deutlicher erkennbar werden dürfte. Aus der Tatsache, daß Deutschland trotz kurzzeitiger Ambitionen nie Kolonialmacht in Südostasien war, versucht die deutsche Diplomatie sogar Kapital zu schlagen, indem sie betont, daß das klassische deutsche Interesse an Asien nicht Eroberung und Ausplünderung, sondern das fleißige Erforschen der Kulturen durch Orientalisten gewesen sei.

Eine klare Trennung in politische und ökonomische Interessen, die vorwiegend in diesem Heft behandelt werden, und in kulturelle und sonstige gesellschaftliche Beziehungen, die für die Dezember-Ausgabe vorgesehen sind, haben wir aus verschiedenen Gründen nicht vornehmen können. So wird z.B. eine Abhandlung über deutsche Rüstungsinteressen in der nächsten Nummer erscheinen. Ein weiterer Schwerpunkt des vorliegenden Heftes sind die Themen Menschenrechte und UN-Intervention.

Ein Überblicksartikel von *Gebhard Körte* stellt zunächst die Konturen deutscher Interessen in Südostasien vor. In **breiter Front nach Asien**, heißt die Devise der Bundesregierung, die zu ihrem Mißfallen von der deutschen Wirtschaft bislang nicht genügend beherzigt wurde. Auf zwei gegenläufige Entwick-

lungstendenzen, Globalisierung und Regionalisierung, die auch Süd-Ost-Asien. Das Wachstumszentrum der Weltwirtschaft betreffen, geht *Philipp Wahnschaffe* in seinem Beitrag ein. Dort zeichne sich immer deutlicher die Herausbildung einer Länderstruktur nach Art einer Pyramide ab, in der wirtschaftliche Macht und technologische Kompetenz mit Japan an der Spitze hierarchisch verteilt sind. Dennoch seien die Entwicklungserfolge einiger Länder imponierend, wenn man die ökologische Fragwürdigkeit und die sozialen Kosten ökonomischer Wachstumsstrategien außer acht lasse. Wie wenig gerade diese sozialen und ökologischen Aspekte in der Zusammenarbeit zwischen Europa und Südostasien zählen, zeigt der Europa-abgeordnete der Grünen, *Wilfried Telkämper*, im Interview auf. Es bleibe einzelnen Parlamentariern überlassen, ökologische Themen zu diskutieren oder sich für die Menschenrechte einzusetzen.

Vor der Schaffung in sich abgeschlossener regionaler Wirtschaftsräume seitens der westlichen Industrieländer, einem Neo-Merkantilismus, warnt der Finanzminister Malaysias, *Anwar Ibrahim*. ASEAN müsse zur **Regionalisierung als Gegenstrategie zur Festung Europa** greifen, weil es andernfalls Gefahr laufe, an Bedeutung zu verlieren.

Koloniale Interessen des Deutschen Reiches in Südostasien seien nicht zur Entfaltung gekommen, urteilt *Stefan Rohde-Enslin*, weil die europäischen Nachbarn kaum Gebiete übrig gelassen hätten und der internationale Handel als wichtiger erachtet worden sei. Gravierende Nachteile und Konflikte in Europa habe Bismarck sich trotz in Deutschland einsetzender imperialer Hysterie nicht einhandeln wollen. Erst gegen Ende des Jahrhunderts sei erwogen worden, die Philippinen in Besitz zu nehmen.

Neue Brücken nach Vietnam sieht *Joachim Broudré-Gröger* nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entstehen. Zum Brückenschlag habe auch der Vollzug der deutschen Einheit beigetragen, weil die ehemalige DDR einer der wichtigsten Partner des Landes gewesen sei. Besonders die zahlreichen in der DDR ausgebildeten, deutschsprechenden Fachkräfte seien ein Kapital, das es zu pflegen und zu nutzen gelte. Im benachbarten Burma hingegen hat erhebliches Engagement seitens der Bundesrepublik und einer deutschen Rüstungsfirma nicht verhindern können, daß die Beziehungen eine **unverstandene Partnerschaft** geblieben und die anvisierten Ziele verfehlt worden sind. *Hans-Bernd Zöllner* stellt die These auf, daß die dafür letztlich verantwortlichen unterschiedlichen kulturell-religiösen Traditionen grundsätzlicher Natur sind und dies für Beziehungen zwischen dem Westen und Ländern wie Burma generell gelten könnte.

Als Institution der Verkaufsförderung für Industrie und Handel beschreibt *Dieter Klein* die **Deutsch-Thailändische Handelskammer**. Sie kann darauf bauen, daß deutsche Produkte im Ruf hoher Qualität stehen. Diesen guten Ruf hat auch der Indonesier *Habibie* nach seinem Studium an der TH in Aachen und beruflicher Karriere, u.a. beim Rüstungskonzern MBB, mit nach Hause gebracht. Seit seiner Ernennung zum Forschungsminister ist der "Musterschüler", wie *Erika Jung* und *Agus Setiawan* an zahlreichen Beispielen belegen, Garant deutschen Einflusses im wissenschaftlich-technologischen Bereich. Auch Präsident Suharto vertraut seinem Technokraten: "Du kannst alles machen, nur keine Revolution", soll er ihm gesagt haben.

Der Rubikon könnte überschritten sein, hofft *Konrad Melchers*, nachdem die Wiener Weltmenschrechtskonferenz sich doch noch auf die **Anerkennung des umfassenden Menschenrechtsbegriffs** einigen konnte und der UN-Generalversammlung empfahl, die Einrichtung eines Hochkommissars für Menschenrechte "mit Vorrang" zu prüfen. Für den Autor ist klar, daß nach dem Scheitern der "Fortschritts"-Ideologien die Bewahrung der Schöpfung, insbesondere der Menschenrechte, das zentrale Paradigma geworden ist.

Zu hoffen ist, daß gerade auch die **UN-Friedensmission in Kambodscha**, an der sich die Bundesrepublik personell und finanziell beteiligte, dieses Anliegen gefördert hat. *Frank Gerke* stellt allerdings den Gesamterfolg der Mission in Frage, obwohl Kambodscha nun wenigstens eine legitime, demokratisch gewählte Regierung habe. Frieden könne es aber nur geben, wenn die kambodschanischen Parteien zur Versöhnung bereit und willens seien, die Probleme des Landes zu lösen. Daß solche Missionen nicht hundertprozentig erfolgreich sein können, räumt der deutsche **Polizeidirektor Detlef Buwitt**, der in Kambodscha als Stabschef der UNTAC-Zivilpolizei eingesetzt war, im Interview **Ein netter Besuch** ebenfalls ein. Die Mission habe jedoch einen demokratischen Virus pflanzen können.

Der Einsatz deutscher Blauhelme wird in der Bundesrepublik auch weiterhin diskutiert werden. Besonders heftig scheiden sich die Geister an der Frage militärischer Interventionen. In zwei engagierten Plädoyers vertreten *Jürgen Maier* mit der Frage **Keine Einmischung trotz Völkermord?** und *Frithjof Schmidt*, der davon überzeugt ist, **Krieg taugt nicht als Mittel internationaler Friedenspolitik**, konträre Standpunkte.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe ist der 15. November 1993.

Für die Redaktion:
Gebhard Körte